

## Kurzprotokoll der Stadtratssitzung vom 25.7.2019

**Beginn:** 19.30 Uhr  
**Ende:** 22.50 Uhr  
**Ort:** Ratssaal

**Sitzungsleiter:** Erster Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann  
**Anwesend:** Hans-Peter Adolf, Jürgen Ascherl, Florian Baierl, Albert Biersack, Bastian Dombret, Josef Euringer, Christian Furchtsam, Ulrike Haerendel, Jochen Karl, Manfred Kick, Josef Kink, Alfons Kraft, Joachim Krause, Werner Landmann, Rudi Naisar, Gerlinde Schmolke, Armin Scholz, Michaela Theis, Kerstin Tschuck  
**Entschuldigt:** Salvatore Disanto, Harald Grünwald, Walter Kratzl, Ingrid Wundrak  
**Verwaltung:** Herr Jakesch, Herr Janich, Frau Knott, Frau May, Frau Stein  
**Experten:** Hr. Weltzien  
**Presse:** Frau Passarge, Herr Schwalbe  
**Gäste:** acht

### Öffentlicher Teil:

#### Bürgerfragestunde

##### Ö 2

#### **Eilantrag der CSU-Fraktion - Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme**

Bgm. erläutert, dass wir keine Chance auf diese Fördermittel haben. Hr. Ascherl erklärt, dass sie damit zufrieden gestellt sind. Sie wollten nur diese Chance nicht vergeben.

##### Ö 3

#### **Flächennutzungsplanneuaufstellung; Beschluss, die im Rahmen der Auslegung nach § 4 a Abs. 3 BauGB eingegangenen Stellungnahmen entsprechend zu würdigen und den Feststellungsbeschluss für den so geänderten Plan (Stand [25.07.2019](#)) zu fassen**

Hr. Adolf kritisiert

- die Ausweisung des Bau- und Wertstoffhofs
- dass „Wohnen am Bürgerpark“ nach § 13b behandelt wird
- Heizkraftwerk, dass auch von der TUM problematisiert wird
- Flächenverbrauch (wie Amt für Ernährung, Lw und Forsten)

Halten auch die Stellungnahmen nicht für ausreichend gewürdigt und lehnen den FNP deshalb ab.

Bgm. erwidert das: Für Bauhof gibt es im Moment kein anderes Grundstück; wir haben viele Ausgleichsflächen ausgewiesen.

Hr. Braun sagt, dass wir am Ende einer zehnjährigen Entwicklung mit dem FNP seien. Vielleicht hätten wir es nach jetzigem Wissen anders gemacht. Aber jetzt stimmt er zu. Für die Zukunft meint er, dass wir den Flächenverbrauch sehr achtsam behandeln müssen. Ausgleichsflächen seien zum Teil Augenwischerei. Für den Bauhof solle tatsächlich noch nach einem besseren Grundstück gesucht werden.

Herr Biersack weist darauf hin, dass er schon seit Jahren den Schutz der Grün- und Landwirtschaftsflächen predige.

Gegen die zwei Stimmen der Grünen so beschlossen.

##### Ö 4

#### **Bebauungsplan Nr. 177 "Gewerbegebiet am Graf-Zeppelin-Platz"; Aufstellungsbeschluss und Freigabe für das Verfahren gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB**

Gegen 2 Stimmen der Grünen so beschlossen.

#### Ö 5

##### **Bebauungsplan Nr. 180 "Wohngebiet zwischen ST2350 und Neufahrner Straße"; Aufstellungsbeschluss und Freigabe für das Verfahren gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB**

Bgm. erläutert, dass wir in gleicher Weise wie bei der Baugebietsaufwertung an der Schleißheimer Str. verfahren: 25% SoBon-Quote im Einheimischenmodell.

Zu den Sozialwohnungen meint der Bgm., dass wir mehr als ausreichend für den lokalen Bedarf in der Kommunikationszone schaffen.

Hr. Adolf sieht den Beschluss zur SoBon-Quote hier ausgehebelt: ein rein politischer Akt. Rechtlich habe der Investor kein Anrecht darauf. Er bezieht sich auf die Ausführungen von Hr. Balzer.

Er will Sozialwohnungsbau nicht auf Garchinger Berechtigte einschränken. Er hält das für politisch unwürdig. Soziale Politik – in der Tradition von Helmut Karl – sehe so aus, wie die Grünen es im Moment praktizieren. Die SPD Garching könne der Bürger nicht mehr wählen.

Bgm. weist das zurück: Wir wollen soziale Politik, aber auch ein maßvolles Wachstum und einen Ausgleich der Interessen. Es sei ein Gebot der Fairness, dass wir den Investor so behandeln, wie er annehmen durfte, als er den Grund erworben hat.

Hr. Krause erwidert, dass Garchinger Grüne sich offenbar nur für die Belange Auswärtiger und einer kleinen Rand-Klientel interessieren. Außerdem wiesen sie seit Jahren alle Beschlüsse zurück, die Garching voranbringen.

Hr. Euringer findet, dass Wahlkampf nicht hierher gehört. Garching habe mit die höchste Sozialwohnungsquote im Landkreis.

Gegen zwei Grüne so beschlossen.

#### Ö 6

##### **Bebauungsplan Nr. 179 "Neubau Feuerwache westlich B471alt"; Aufstellungsbeschluss und Freigabe für das Verfahren gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB**

Bgm. erläutert, dass das Nachbargrundstück – entsprechend den Einwendungen von Hr. Biersack – nur noch eingeschränkt in Bebauungsplanumgriff aufgenommen wurde, hinsichtlich Abstandsflächen und Fuß- und Radweg. Frau Knott erläutert, dass der genaue Bebauungsplanentwurf noch folgt, sie arbeiten dran, haben das Einverständnis des Nachbarn eingeholt.

Einstimmig so beschlossen.

#### Ö 7

##### **Neubau Feuerwache in Garching; Vorstellung Vorentwurf; weiteres Verfahren**

Hr. Kick sieht seine Fragen zu den Kosten nicht beantwortet. Frau Stein sagt, richtig einsparen könne man nur, indem man am Raumprogramm einspare. Der jetzige Entwurf sei aber ein Ergebnis vieler Diskussionen und harten Ringens.

Bgm. und Hr. Krause weisen darauf hin, dass weitere Verzögerungen auch Kostenmehrungen bringen können.

Hr. Baierl sagt, dass man zwar mit 15 Mio. ins Rennen gegangen sei, aber das sei noch nicht verbindlich gewesen. Wir müssen im Haushalt Wege finden, die höheren Kosten an anderer Stelle einzusparen. Es sei übereinstimmender Wille gewesen, hier einen großzügigen und auf lange Zeit ausreichenden Bau zu schaffen. Es gebe jetzt nur ein Für oder Wider, der Entwurf funktioniert nicht, wenn wir einfach etwas rausschneiden.

Hr. Dombret sieht die Erhöhung auch mit Sorge: An welcher Stelle sparen wir

das Geld ein? Kriegen wir Probleme in der Finanzplanung?

Hr. Kraft meint, dass bei der ursprünglichen Planung die Erweiterungen nicht mitkalkuliert wurden. Wir sollten jetzt ja sagen.

Bgm. sagt, dass wir als Faustpfand noch das Fw-Grundstück, das verwertet werden könnte, haben.

Gegen 2 Stimmen von Hr. Kick und Hr. Dombret so beschlossen.

**Ö 8** **Fahrradschnellweg München Garching/Unterschleißheim; Sachstandsbericht, weiteres Vorgehen**  
Einstimmiger Beschluss, dass die Verwaltung Alternativvorschläge ausarbeiten soll.

**Ö 9** **Ortsumfahrung Dietersheim – Sachstandsbericht**  
50% der Machbarkeitsstudie zahlt TUM, von den restlichen 50% 2/3 Eching.

**Ö 10** **Sanierung Restaurant Bürgerhaus - Vorstellung des geänderten Entwurfs und der angepassten Kostenberechnung**  
Einstimmig so beschlossen.

**Ö 11** **(nichtöffentlich)**

**Ö 12** **Bewerbung der Stadt Garching als "Fair-Trade Stadt" im Rahmen der internationalen Kampagne "Fairtradetowns" von Transfair**  
Wir diskutieren über die Wichtigkeit des Themas gerade in der Jugend und in den Bildungseinrichtungen. Im Gymnasium wird das Schulforum entscheiden. Die Pfadfinder St. Georg wollen auch Fairtrade-Stamm werden.  
Einstimmig so beschlossen.

**Ö 13** **Bereitstellung eines Informationsangebotes über die Errichtung von Ladestationen für Elektrofahrzeuge auf Privatgrundstücken**  
Hr. Dombret findet die Absage des Umweltreferats merkwürdig. Er will keine Werbung, sondern Informationsangebote, damit die Verbreitung dieser Technologie auch von der Stadt unterstützt wird.  
Hr. Adolf schlägt vor, dass man z.B. auf der Homepage der Stadt eine entsprechende Link-Sammlung zur Verfügung stellen könne.  
Einstimmig so beschlossen.

**Ö 14** **Bekanntgabe von nicht-öffentlichen Beschlüssen, bei denen die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind**

**Ö 14.1** **Bekanntgabe von nicht-öffentlichen Beschlüssen, bei denen die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind - Verlängerung der EOF-Belegungsbindung für die Wohnanlage Blütenstraße 9-12 in Garching**

**Ö 14.2** **Bekanntgabe von nicht-öffentlichen Beschlüssen, bei denen die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind - Abschluss des Gestattungsvertrages für das Grundstück Fl.Nr. 1844 für die Errichtung eines Waldkindergartens in Garching**

**Ö 14.3** **Bekanntgabe von nicht-öffentlichen Beschlüssen, bei denen die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind - Anpassung des Vertrages über Bandenwerbung und Stadionnamen**

**Ö 14.4** **Bekanntgabe von nicht-öffentlichen Beschlüssen, bei denen die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind - Kauf einer Teilfläche aus dem Grundstück Fl.Nr. 1231 - Verkehrsmäßige Erschließung der Ortsteilerweiterung Hochbrück**

**Ö 15** **Bestands- und Zustandserfassung der Straßen und Wege im Stadtgebiet Garching; Vorstellung der Projektergebnisse**

Hr. Weltzien von Lehmann & Partner berichtet:

- Zunächst über Methoden und Reichweite der Untersuchung
- Zwischen ‚blau‘ und ‚rot‘ Einstufung des Zustands der einz. Abschnitte
- Haben Erhaltungsbedarf von ca. 33 km im Stadtgebiet ermittelt, ca. 14,5 Mio Kosten
- Priorisierung erarbeitet, damit die schlimmsten Schäden zuerst beseitigt werden.
- Nebenanlagen wie Fuß- und Radwege kommen noch dazu.

Bgm. lobt das gute Werkzeug, das mit dieser Erhebung zur Verfügung gestellt wird. Auch andere Fraktionen äußern sich positiv.

Frau Stein sagt auf Nachfrage von Hr. Adolf, dass das System so angelegt ist, dass es weitergepflegt werden kann. Hr. Kraft fragt, ob auch Alter, Entwässerung etc. der Straßen berücksichtigt wurde. Hr. Weltzien sagt, dass diese Parameter jeweils geprüft werden müssen, wenn man an die jeweiligen Erhaltungsmaßnahmen geht.

## Ö 16

### **Mitteilungen aus der Verwaltung**

- Am Dienstag, 17.9., findet Workshop mit SR zum genossenschaftlichen Wohnen statt; am 15.10. findet Infoveranstaltung zum Thema für Bürger statt (beides im Ratssaal).

## Ö 17

### **Sonstiges; Anträge und Anfragen**

- Hr. Adolf kritisiert, dass bei Bgm.-Amon-Straße schneller etwas passieren muss.
- Hr. Naisar fragt nach Parallelstraße zur B13, die illegal von großen LKW genutzt wird. Hier ist das Landratsamt zuständig. Hr. Furchtsam unterstützt das: ein neuer Anlieger bringe diese hohe Frequenz. Er will, dass LRA energisch einschreitet, denn es sei eine Gefährdung und Belästigung.
- Hr. Dombret: Immer noch sehr viel Erdbewegungen in der Kommunikationszone, scheinen zum Teil übertrieben und rücksichtslos. Bittet Verwaltung um Intervention im Sinne der Anwohner. Und wie werden die Bauabschnitte aussehen, die noch nicht gleich bebaut werden? Antwort folgt.
- Hr. Ascherl regt an, dass Senioren stärker in die Lage versetzt werden, am Gesellschaftsleben teilzunehmen, z.B. über Seniorentaxi. Bgm. sagt, dass Nordallianz hier auch tätig werden will.